

GWPF fordert die Regierung auf, die grüne Abgabe von 10 Mrd. GBP für Leidende Haushalte auszusetzen

geschrieben von Andreas Demmig | 4. Februar 2021

Diese Aussetzung sollte so lange bestehen bleiben, wie Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Bekämpfung des Coronavirus erforderlich sind und weitere Reformen anstehen.

Etwa ein Drittel der klimapolitischen Auswirkungen der Regierung trifft die Haushalte direkt über ihre Stromrechnungen und da [vor allem] Haushalte mit niedrigem Einkommen eine elektrische Heizung nutzen, sind sie überproportional betroffen.

Die anderen zwei Drittel dieser klimapolitischen Kosten betreffen alle Haushalte indirekt über die allgemeinen Lebenshaltungskosten, da Industrie- und Gewerbeunternehmen ihre zusätzlichen Energiekosten an die Verbraucher weitergeben. Wenn die Stromrechnung eines Supermarkts aufgrund von Subventionen für erneuerbare Energien steigt, muss auch der Kaufpreis für eine gekühlte Flasche Milch steigen.

Diese indirekten Auswirkungen werden selbst von Wohltätigkeitsorganisationen, die sich mit Energiearmut befassen, zu wenig gewürdigt. Letztere äußern aber bereits ihre Bedenken, dass die Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Gesundheit zur Bekämpfung des Coronavirus, die Probleme für Haushalte mit niedrigem Einkommen verschärfen.

Action for Children schreibt dazu:

Wir sehen, wie Mütter und Väter in der Kälte zu Hause unterrichten, weil sie es sich nicht leisten können, den Stromzähler aufzufüllen, Mahlzeiten auszulassen, um ihre Kinder zu ernähren, und uns nach Winterkleidung und Lebensmittelpaketen fragen. “

[In GB gibt es viele Stromzähler mit Vorräuszahlung – Prepayment meters, gerade in ärmeren Haushalten. Ältere Strom- und Gaszähler hatten / haben Münzeinwurf, modernere [smart ..] funktionieren ähnlich wie ein Handy mit pre-paid Vertrag: Geld zu ende, kleiner Nachlauf und dann abschalten. Ich kann mich erinnern, hatte meine Oma bei Gas – der Übersetzer]

End Fuel Poverty Ende der Energiearmut hat beobachtet

Die Energiekosten werden nach den neuesten Regeln für Home-

office steigen. „Die Arbeit von zu Hause aus wird einige Haushalte in diesem Winter zusätzliche 45 GBP pro Monat mehr kosten, wenn die Heiz- und Stromkosten steigen.“

Ein Sprecher der Wohltätigkeitsorganisation erklärte gegenüber der BBC:

Immer mehr Menschen im ganzen Land müssen sich für Heizen oder Essen entscheiden. Da die Temperaturen weiterhin um Null schwanken und Ausgangssperren bestehen, verbringen die Menschen mehr Zeit zu Hause, sodass die Energiekosten steigen werden. “

Citizens Advice hat berechnet, dass weitere 600.000 Haushalte aufgrund früherer Sperrungen in Energiearmut geraten sind, und ein ähnlicher oder noch schwerwiegenderer Effekt wird aufgrund der derzeitigen Sperrungen befürchtet.

GWPF stellt fest, dass das Problem aufgrund der indirekten Auswirkungen auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten tatsächlich viel schlimmer ist als es scheint, was Haushalte mit niedrigem Einkommen stärker trifft und sogar Haushalte mit mittlerem Einkommen beeinflusst. Der Lockdown hat gezeigt, dass das britische Stromsystem aufgrund der übermäßigen Abhängigkeit von erneuerbaren Energien als technisch und wirtschaftlich schwach einzustufen ist.

Die Kosten für das Netzmanagement, die bereits vor dem Coronavirus mit 1,5 Mrd. GBP pro Jahr hoch waren, sind während der Sperrung in die Höhe geschossen, da der Stromnetzbetreiber in Zeiten geringer und höherer Nachfrage [aka Angebote der Erneuerbaren] extreme Maßnahmen ergreifen musste, um die schwankende Wind- und Sonnenleistung auszugleichen. Jetzt wird es voraussichtlich rund 2 Milliarden Pfund pro Jahr betragen. [In Deutschland „redispatch“ genannt]

Das volle Ausmaß dieser zusätzlichen Kosten hat die Verbraucher noch nicht erreicht, da es den Lieferanten gestattet wurde, die Zahlung an National Grid aufzuschieben. Wenn, wie wir befürchten, Millionen von Haushalten einfach nicht in der Lage sind, ihre Rechnungen zu bezahlen, wenn diese Gebühren durchgereicht werden, können große und kleine Lieferanten in finanzielle Schwierigkeiten geraten, was die Krise weiter verschärft.

Dr. John Constable, GWPF-Energieredakteur, sagte:

Das neue Team der Abteilung für Unternehmens-, Energie- und Industriestrategie, Kwasi Kwarteng und Anne-Marie Trevelyan, steht vor einer nicht beneidenswerten Wahl. Wenn sie nichts tun, wird die Not der Verbraucher nur noch schlimmer. Wenn Sie jedoch kurzfristig die erforderlichen Sofortmaßnahmen ergreifen

und eine längerfristige Strategie zur Kostenminimierung verfolgen, müssen Sie zugeben, dass die grüne Politik versagt.“

<https://www.thegwpf.com/gwpf-calls-on-government-to-suspend-10-billion-green-levy-on-suffering-households/>

Übersetzt durch Andreas Demmig

Fundstück

...

CO₂-Bepreisung (Emissionshandel) und die Auswirkungen auf den Energiepreis

Verkäufer von Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel müssen seit Anfang 2021 einen CO₂-Preis zahlen. Für den Treibhausgas-Ausstoß dieser Brennstoffe werden sogenannte Emissionsrechte erworben. Das geschieht über den nationalen Emissionshandel bei der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt). Wie der Emissionshandel funktioniert, erklärt die DEHSt in einem Video. Die Höhe des CO₂-Preises ist von 2021 bis 2025 gesetzlich vorgegeben, er beträgt pro Emissionszertifikat:

- 2021: 25,00 Euro
- 2022: 30,00 Euro
- 2023: 35,00 Euro
- 2024: 45,00 Euro
- 2025: 55,00 Euro

Es ist davon auszugehen, dass einige Unternehmen ihre zusätzlichen Kosten weiterreichen, so dass es am Ende auch zu höheren Energiekosten bei den Haushaltskunden kommt.

Der Anteil des CO₂-Preises muss gegenüber dem Haushaltskunden in der Energierechnung nicht gesondert ausgewiesen werden.

<https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Verbraucher/PreiseRechnTarife/preiseundRechnungen-node.html>